

Obergericht verschärft eine Strafe

MENSCHENHANDEL In einem der grössten Fälle von Menschenhandel in der Schweiz hat das bernische Obergericht eine Strafe leicht erhöht: Der Ehemann der Haupttäterin nahm aus Sicht des Gerichts eine wichtigere Rolle ein, als dies die Vorinstanz befand.

Sechseinhalb Jahre Gefängnis für die Haupttäterin, eine teilbedingte Freiheitsstrafe von 36 Monaten für ihren Ehemann: So lautet das Urteil des bernischen Obergerichts in einem der grössten Fälle von Menschenhandel in der Schweiz. Das Obergericht bestätigt damit das Urteil der ersten Instanz grösstenteils, erhöht jedoch die Strafe für den Mann leicht. «Ohne seine Hilfe hätte die Frau nicht in diesem Ausmass ihre Geschäfte führen können», sagte Oberrichterin Franziska Bratschi gestern bei der Begründung des Urteils. Das Ausmass dieser Geschäfte war beachtlich: In 50 Fällen wurde die Thailänderin wegen Menschenhandel und Förderung der Prostitution schuldig gesprochen. Ihr Schweizer Ehemann machte sich der Gehilfenschaft schuldig. Das Obergericht sieht seinen Tatbeitrag «haarscharf an der Grenze zu Mittäterschaft».

Frauen wie Ware «verteilt»

Die 43-jährige Haupttäterin arbeitete jahrelang selber als Prostituierte. Im Jahr 2007 eröffnete sie einen Sexsalon im Kanton Thurgau. Die Thailänderin rekrutierte in ihrer Heimat Frauen und Transvestiten und vermittelte diese an Bordelle in der ganzen Schweiz, so auch nach Bern. «Sie hat die Frauen wie Ware aus dem Katalog verteilt», sagte Staatsanwältin Sarah Wildi in ihrem Plädoyer vor dem Obergericht. Sie beantragte für die Haupttäterin eine höhere Freiheitsstrafe, als diese die erste Instanz ausgesprochen hatte: neun statt sechseinhalb Jahre (Ausgabe vom Freitag).

Das Obergericht bestätigte aber gestern die sechseinhalb Jahre, welche die Thailänderin in der Frauenstrafanstalt Hindelbank absitzt. Es gewährte der Salonchefin einen höheren «Geständnisrabatt» als die Vorinstanz. 30 von ursprünglich 57 Opfern des Menschenhandels waren den Strafverfolgungsbehörden nur deshalb bekannt, weil die Salonchefin von sich aus die Namen ins Spiel gebracht hatte. «Wenn sie nichts gesagt hätte, hätten die Behörden einen schwierigen Stand gehabt», sagte Oberrichterin Bratschi gestern.

Die von der Staatsanwaltschaft geforderte höhere Freiheitsstrafe und der «Rabatt» für das Geständnis hätten sich in etwa aufgehoben, sodass die vom Regionalgericht Bern-Mittelland verhängten sechseinhalb Jahre auch dem Obergericht als angemessen erschienen. Der Verteidiger der Haupttäterin hatte eine Reduktion der Strafe auf viereinhalb Jahre beantragt. Er argumentierte damit, dass die Frau nicht als eigentliche Drahtzieherin des Menschenhandlerringes bezeichnet werden könne.

Das Obergericht sah aber die Rolle der Haupttäterin als nicht so harmlos: Sie habe gezielt Frauen angeworben und angestellt, die keine Bewilligung hatten. Denn diese seien «fleissig und motiviert, Geld zu verdienen». Das waren die Frauen vor allem deshalb, weil sie bei der Salonchefin ihre Schulden abarbeiten mussten. *Mirjam Messerli*

STADT BERN STREIT UMS BAULAND

«Das zweite Viererfeld-Projekt wird

Vor einem Monat freuten sich die Berner Behörden noch: Der neue Anlauf für die Überbauung des Viererfelds stosse auf «breite Zustimmung». Doch die Gegner werden im Januar einen Verein gründen. Der Widerstand werde noch grösser sein als beim letzten Mal, kündeten Markus Ming und Peter Camenzind an.

Als die Stadtbehörden vor ein paar Wochen ihr neues Projekt für die Überbauung des Viererfelds vorstellten, waren sie zuversichtlich: Der neue Wohnraum für 3000 Personen stosse auf breite Zustimmung, freuten sie sich, nachdem sie Stadtpolitiker und Organisationen um ihre Meinung gefragt hatten.

Doch nun ist klar: Gegen die Pläne formiert sich Widerstand. «Es wird vermutlich sogar noch mehr Gegner geben als vor zehn Jahren», kündigt Markus Ming an. Er war einst Mitinitiant der «IG Viererfeld natur(e)». In dieser Gruppe hatten sich Quartierbewohner zusammengetan und bekämpften gemeinsam mit dem Länggass-Leist die Überbauung des grünen Naherholungsgebiets. Mit Erfolg: Das erste Projekt – «Viererfeld zum Wohnen» – ist im Jahr 2004 mit 51,7 Prozent der Stimmen abgelehnt worden.

«Nichts ist besser geworden»

Nun kommen die Stadtplaner mit dem neuen Projekt «Stadt am Wald». Dieses Mal soll nur noch die Hälfte des Viererfelds überbaut werden. Die andere Hälfte bleibt grün. Doch das überzeugt die Gegner nicht: «Nichts an der Überbauung ist wirklich besser als vor zehn Jahren», kritisiert Peter Camenzind, Präsident der IG Äussere Enge. Diese Anwohnergruppe wird schon bald Unterstützung erhalten. Im Januar

würden die Gegner der Viererfeld-Überbauung einen neuen Verein gründen, kündeten Peter Camenzind und Markus Ming an. Wer dabei sein und wie der Verein heissen wird, steht noch nicht fest. Camenzind erwartet aber wie Ming, dass der Widerstand grösser sein werde als beim ersten Projekt. «Es werden zwar auch Leute der ehemaligen «IG Viererfeld natur(e)» dabei sein. Aber es wird nicht mehr nur eine Gruppe von Anwohnern sein.»

Hinterbänkler gegen den Rest

Markus Ming begründet den angekündeten Widerstand: «Der Boden auf dem Viererfeld ist zu wertvoll zum Überbauen.» Und zwar vor allem deshalb, weil mit dessen Überbauung kein einziger Quadratmeter Boden in der Agglomeration gerettet werde, sondern andernorts trotzdem weitergebaut werde. «Es ist sinnlos, in der Stadt die letzten Grünflächen zu opfern, solange nirgends im Gegenzug Bauland reduziert wird.» Diese Haltung hätten heute mehr Menschen als vor zehn Jahren, glaubt Ming. Damals hätten sich vor allem die Länggass-Bewohner gegen die Viererfeld-Überbauung gewehrt. Dieses Mal kämen die Gegner aus allen Quartieren.

Bei den Politikern hingegen hat das Projekt bisher grosse Zustimmung gefunden. Ausser bei den linken Kleinstparteien: «Wir drei auf den hintersten Stadtrats-



Wohnraum für 3000 Menschen: Die Stadt Bern plant auf dem Viererfeld eine Wohnsiedlung mit Häusern, so hoch wie das

LÄNGGASSE

Widerstand des Leists Auch der Länggass-Leist will gegen eine Überbauung des Viererfelds kämpfen. An der Hauptversammlung im letzten Juli hatten sich 95 Prozent der Anwesenden für die Nein-Parole ausgesprochen. Mit diesem Entscheid der Basis im Rücken legt der Vorstand nun im Rahmen der Mitwirkung ein Argumentarium vor. Zum einen sei das Viererfeld die einzige grössere Grünfläche im Quartier, welche allen Bewohnern die Möglichkeit für Spaziergänge in unmittelbarer Nähe biete. Zudem sei eine Verbauung von Fruchtfolgefläche nicht ver-

antwortbar. Im Weiteren würden die Viererfeld-Pläne den Anliegen der kantonalen Kulturlandinitiative widersprechen, für die nun Unterschriften gesammelt würden. Der Vorstand des Länggass-Leists argumentiert zudem, dass in der Stadt andere Überbauungen geplant seien oder möglich wären, etwa im Raum Ausserholligen. Problematisch seien auch die hohen Investitionen. Es sei kaum möglich, auf dem Viererfeld günstige Wohnungen zu erstellen. Fazit des Leists: Die Eile, die letzte Grünfläche in der Länggasse zu überbauen, sei nicht angebracht. *wrs*

bänken sind derzeit noch die einzigen Parteien, die gegen die Überbauung sind», räumt Luzius Theiler ein und meint damit sich als Vertreter der Grünen Partei – Demokratische Alternative, Christa Ammann von der Alternativen Linken und Rolf Zbinden von der Partei der Arbeit.

Wie reagiert die Stadt?

Luzius Theiler findet: «Es ist absolut unnötig, diesen wichtigen Erholungsraum zu überbauen.» Die erhofften billigen Wohnungen werde es dort sowieso nie geben. Und teure Wohnungen gebe es bereits genug in der Stadt. «Sonst müssten die Wohnungen in Brünnen nicht mit Plakaten im

Tram propagiert werden.» Theiler prophezeit sogar, dass nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei den bisher wohlgesinnten Politikern der Widerstand gegen das Projekt wachsen werde. «Die Vorstellungen über das, was auf dem Viererfeld gebaut werden soll, sind so unterschiedlich, dass es garantiert neue Gegner geben wird, je konkreter das Projekt wird», sagt Theiler.

Ein Beispiel: Das Grüne Bündnis will mehr günstige Wohnungen. Der Verein Läbige Stadt verlangt bereits eine deutliche Reduktion der Parkplätze. Die Bürgerlichen hingegen möchten möglichst wenig Vorgaben, weil jede Auflage für den Wohnungs-

bau auf dem Viererfeld dessen Realisierung erschwere.

Deshalb ist Theiler zuversichtlich: «Die Überbauung wird auch diesmal verdientermassen vom Volk versenkt werden.» Wie die Stadt auf den Widerstand gegen die Viererfeld-Pläne reagieren will, kann der zuständige Projektleiter Laszlo Litzko noch nicht sagen. Bis gestern konnten sich die Bevölkerung sowie Unternehmen und Organisationen zur geplanten Überbauung äussern. Im Januar will das Stadtplanungsamt die Eingaben auswerten. Im November 2014 soll die Volksabstimmung zur Viererfeld-Überbauung stattfinden. *Esther Diener-Morscher*

«Militante Gruppen setzen sich in der Reitschule

STADT BERN Nach den Kravallen bei der Reitschule spricht Gemeinderat Reto Nause von einer nötigen politischen Antwort. Und er stellt die Strukturen infrage, die militanten Gruppen erlauben würden, den Takt anzugeben.

Reto Nause, der Gemeinderat verurteilt die Ausschreitungen vom Wochenende und wertet die Gesprächsverweigerung der Reitschule als «nicht tolerierbar». Aber was passiert nun? *Reto Nause:* Es braucht eine politische Antwort des Gemeinderats. Wie diese ausfällt, kann ich nicht sagen. Die Diskussion hat noch nicht stattgefunden. **Eine Möglichkeit sind finanzielle Kürzungen, oder die Stadt sündigt den Vertrag. Das Papier wird offensichtlich nicht eingehalten.**

Wie gesagt, ich will der Diskussion nicht vorgreifen. **Die gleiche Diskussion wie jetzt wurde auch nach den letzten Ereignissen geführt. Aber es geschah nichts. Weshalb nicht?** Solche Entscheide hängen auch mit den politischen Mehrheiten zusammen und damit, ob man zu einer übereinstimmenden Lagebeurteilung kommt. Wer noch nie an einer Demo war, sieht die Situation eventuell anders. Und ich glaube, dass auch in der Nacht auf Sonntag 95 Prozent der Reitschule-Besucher gar nicht mitbekamen, was passiert ist. Oder sie wollen es nicht wahrhaben. **Die politischen Mehrheiten in Bern verhindern also, dass in Sachen Reitschule gehandelt wird.** Es ist nicht nur bei der Reitschule so, sondern überall: Für jeden

Entscheid braucht es eine politische Mehrheit. **Unabhängig von der politischen Zusammensetzung stellt sich die Frage, weshalb es sich der Gemeinderat bieten lässt, dass die**

Reitschule Sitzungen schwänzt wie jene Anfang Dezember. Auch das wird diskutiert. Aber es geht um eine Grundsatzfrage. Die Reitschule-Trägerschaft hat Strukturen, denen die Verbind-

lichkeit fehlt. Die Gespräche verlaufen in der Regel konstruktiv und in angenehmem Rahmen. Aber nachdem die Themen in der Vollversammlung der Reitschule waren, kommt ein schroffes Njet. Also stellt sich die Frage nach einer neuen Trägerschaft. **Wie soll die aussehen? Die Reitschule definiert sich unter anderem über ihre basisdemokratischen Gremien.** Gewisse Reitschule-Vertreter distanzieren sich von den militanten Gruppen. An den Vollversammlungen können sich aber anscheinend genau diese militanten Gruppen durchsetzen. Das geht nicht auf. **Eine gewaltbereite Minderheit bestimmt aufgrund der Strukturen also den Kurs der Reitschule.** Ich erhalte aus Reitschule-Kreisen unterschiedliche Zeichen.



Sicherheitsdirektor Reto Nause (CVP): Entscheide rund um die Reitschule hängen für ihn auch davon ab, ob alle die Lage gleich einschätzen. *Urs Lindt*

mehr Gegner haben als das erste»



Bürgerheim (Hochhaus, angrenzend an die Baumallee links im Bild). Gegen das Projekt formiert sich nun Widerstand.

Andreas Blatter

Zwei Frauen wurden von Zug erfasst

WANKDORF Tragischer Unfall am Sonntagabend beim Bahnhof Bern-Wankdorf: Zwei Schwestern wurden von einem Intercity erfasst und getötet. Die Hintergründe des Unfalls sind laut der Polizei noch unklar.

Ein tragischer Vorfall hat sich im Bahnhof Bern-Wankdorf ereignet. Bei der Alarmzentrale ging am Sonntag um 18.40 Uhr die Meldung ein, es habe sich ein Personenunfall ereignet. Die ausgesrückte Polizeipatrouille fand auf dem Perron zwei Frauen, bei denen nur noch der Tod festgestellt werden konnte. Gestern Abend konnte die Polizei die beiden verstorbenen Frauen formell identifizieren, wie sie mitteilte. Demnach handelt es sich um zwei 32- beziehungsweise 33-jährige Schwestern aus der Region Bern.

Gemäss ersten Erkenntnissen der Berner Kantonspolizei waren die zwei Schwestern vom Intercity-Zug Genf-St.Gallen (Bern ab 18.32 Uhr) erfasst worden. Der Lokführer konnte demnach trotz Schnellbremsung den Unfall nicht mehr verhindern. Der Zug kam kurz nach dem Bahnhof zum Stillstand.

Ein Beobachter will gemäss der Onlineausgabe von «20 Minuten» gesehen haben, dass die beiden Frauen auf dem Perron rangelen. Die Polizei äussert sich dazu nicht.

Frauen wurden identifiziert

«Die Hintergründe und der genaue Hergang des Unfalls sind noch immer unklar», sagte gestern Abend eine Sprecherin der Berner Kantonspolizei. Es würden umfangreiche Ermittlungen laufen.

Mehrere Hundert Passagiere mussten am Sonntagabend wegen des Unfalls auf einen anderen Zug umsteigen und setzten ihre Reise mit Verspätung fort. Es kam in der Folge zu Zugausfällen bei der S-Bahn in der Region Bern. Auch im Fernverkehr mussten die Passagiere mit etwas längeren Reisezeiten rechnen.

Polizei sucht Zeugen

Um zu klären, wie es zum Tod der beiden Frauen gekommen war, sucht die Kantonspolizei Bern Zeugen. Insbesondere sind Personen gesucht, die am Sonntag in der S4 der BLS von Burgdorf Richtung Bern unterwegs waren (Bern Wankdorf fahrplanmässig ab 18.35 Uhr).

rub/wid/pd



Waren für eine Überbauung: Der damalige Regierungsrat Urs Gasche (SVP, später BDP) und der damalige Gemeinderat und heutige Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP). Urs Baumann



Damals dagegen, heute dagegen: Markus Ming am Abstimmungswochenende vor 9 Jahren, als das erste Viererfeldprojekt an der Urne versenkt wurde.

Walter Pfaffli

durch»

Einige Vertreter sagen, sie würden von bestimmten Gruppen eingeschüchtert. Andere sehen das nicht so. Das hängt eben von der Zusammensetzung der Reitschule-Delegation ab, die ständig wechselt. Und das ist das Problem: Es fehlt die Verbindlichkeit. **Hat die Stadt schon zum nächsten Gespräch eingeladen?**

Das nächste reguläre Gespräch soll im März 2014 stattfinden. Aber persönlich bin ich der Meinung, dass das nicht entscheidend ist. Es ist schwierig, mit einer Institution zu arbeiten, welche die Polizei, den Sicherheitsdirektor und die Gassenarbeit von Pinto ablehnt. Da kommt die Stadt an Grenzen. Und genau deshalb braucht es jetzt eine politische Antwort des Gemeinderats auf diese Situation.

Interview: Wolf Rökken

REAKTIONEN

Der Gemeinderat verurteilt die Randalen. Er fordert eine deutliche Distanzierung der Betreiber von solch gewalttätigen Übergriffen sowie Massnahmen, die verhindern, dass sich Gewaltbereite in die Anonymität der Reitschule zurückziehen können. **Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter** verurteilt die Tat «aufs Schärfste», äussert «grosse Betroffenheit» über die Vorfälle, die drei verletzten Polizisten und fordert «endlich politische Konsequenzen». Genau gleich wie die **städtische SVP** in einer Mitteilung mit dem Titel «Die Gewaltkultur schlägt wieder zu». Die SVP fordert, dass Sicherheitsdirektor Nause «endlich von seinen Gemeinderatskollegen unterstützt» werde, und verlangt die so-

fortige Kündigung des Leistungsvertrags.

Regierungsstatthalter Christoph Lerch bezeichnet das Klemmen der Ikur an der letzten Sitzung als «inakzeptabel». Bleibe es nicht beim einmaligen Ausrutscher, müsse man «sich fragen, ob die Situation für alle Beteiligten stimmt». **Der Dialog sei in «kritischem Zustand».** Lerch steckt mit der Reitschule in Verhandlungen zum Sicherheitskonzept sowie zum Lärmschutz. Ansprechpartner ist der Inhaber des Gastgewerbetariffs der Reitschule. Zum Ende der verlängerten Frist Ende November hat die Reitschule Lerch ein überarbeitetes Sicherheitskonzept vorgelegt. Lerch gibt Beispiele: Die Fluchtwege seien nun auf

mehreren Plänen eingezeichnet. Und es sei definiert, bei welchem Publikumsaufmarsch wie viel Sicherheitspersonal der Reitschule nötig sei. Das Papier ist noch nicht in Kraft, es liegt nun der Stadt vor. Reto Nause spricht von «markanten Verbesserungen», schränkt aber ein: **«Darüber reden wir seit Jahren. Es geht darum, dass es auch gelebt wird.»** Bei Massnahmen gegen Lärm (Türen, Fenster) hat die Reitschule bis Ende Januar Zeit. Bei den betrieblichen Massnahmen (Zeiten, Dezibel) sei er mit dem Wirt «im Gespräch», sagt Lerch und erwähnt die «Möglichkeit, Bussen auszusprechen und Auflagen zu verschärfen», sollten Bestimmungen nicht umgesetzt werden. wrs

Eduard Knecht bleibt im Gemeinderat

WOHLEN Als Gemeindepräsident wurde er abgewählt, nicht aber als Gemeinderat. Eduard Knecht (FDP) lässt mitteilen, dass er im Rat bleibt.

Mit einem fünfzeiligen Communiqué teilte die FDP Wohlen gestern mit, dass Eduard Knecht sich entschieden hat, «als gewählter Gemeinderat von Wohlen das ihm zustehende Mandat anzunehmen». Dazu Parteipräsident Christian Lauterburg: «Er wurde als Gemeinderat gewählt und hat Anspruch auf diesen Sitz.» Knecht habe sich entschieden, diese Wahl anzunehmen. Er und der zweite FDP-Gemeinderat Michael Heinz Hänzi können auf die Unterstützung der Partei zählen. «Der Vorstand wird eng mit den FDP-Gemeinderäten zu-

sammenarbeiten», so Lauterburg.

Damit steht der 59-jährige Eduard Knecht nach seiner Abwahl als Gemeindepräsident nicht ohne Job da. Nebst einer jährlichen Rente von 72000 Franken wird er als nebenamtlicher Gemeinderat mit 20000 Franken entschädigt. Knecht selber war gestern für eine Stellennahme nicht zu erreichen. lfc



Gemeinderat Eduard Knecht. ubl